

Zuständiges Dezernat/Amt: Landrätin / Personal- und Serviceamt

Beschlussvorlage öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Datum	Stimmenverhältnis				Lt. Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein	Stimmenenthaltung	Einstimmig		
Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung	11.09.2018						
Kreisausschuss	18.09.2018						
Kreistag Uckermark	26.09.2018						

Inhalt:

Änderung des Stellenplanes 2018

Wenn Kosten entstehen:

Kosten	Produktkonto	Haushaltsjahr	
1. 5.178,00 €	36370.501201		<input checked="" type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung
5.483,00 €	31210.501201		
292,00 €	36330.501201		
2. 12.852,00 €	56120.501201		
4. 6.451,00 €	12280.501201		
5. 3.865,00 €	52120.501201		
6. 14.543,00 €	12250.501201		
7. 7.798,00 €	11151.501201		
8. 16.147,00 €	31160.501201		
9. 8.919,00 €	31160.501201		
10. 6.341,00 €	34310.501201		
11. 9.747,00 €	11153.501201		
12. 14.710,00 €	11142.501201		
13. 10.710,00 €	27110.501201		
14. 16.700,00 €	36330.501201		
15. 16.147,00 €	11142.501201		
16. 8.430,00 €	36330.501201		
17. 22.405,00 €	11162.501201		
18. 10.710,00 €	11162.501201		
19. 3.198,00 €	11162.501201		
20. 31.119,00 €	11162.501201		
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:	zu 1. Deckung zu Lasten des Gesamthaushaltes		
	zu 2. Deckung innerhalb des Gesamtbudgets 68		
	zu 4. bis 6. Deckung zu Lasten des Gesamthaushaltes		
	zu 7. bis 20. Deckung durch Minderausgaben		

Beschlussvorschlag:

I. Stellenplanänderungen auf Grund Tarifautomatik

1.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stellen der Sachgebietsleiterin Allgemeiner Sozialer Dienst im Jugendamt nach Entgeltgruppe S17, der Sachgebietsleiterin SGL Vormund-/Beistand-/Pflegschaften/Beurkundungen/ Unterhaltsvorschuss im Jugendamt nach Entgeltgruppe 11 und der Sachgebietsleiter Widersprüche/Prüfungen im Jobcenter nach der Entgeltgruppe 14 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.
2.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stellen Sachbearbeiter Gewässerschutz (Verwaltung), 0,725 VZE, im Landwirtschafts- und Umweltamt nach Entgeltgruppe 9c und die Sachbearbeiter Gewässeraufsicht (Techniker), 4,725 VZE im Landwirtschafts- und Umweltamt nach Entgeltgruppe 10 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.
3.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachgebietsleiter Rechtliche Bauaufsicht im Bauordnungsamt der Besoldungsgruppe A13 nach Bundesbesoldungsgesetz angehört.
4.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Futtermittelkontrolle im Gesundheits- und Veterinäramt nach Entgeltgruppe 9c der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten ist.
5.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Statikprüfung/wiederkehrende Prüfung im Bauordnungsamt der Entgeltgruppe 11 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.

II. Stellenplanänderungen auf Grund von Organisationsuntersuchungen/Fallzahlenanstiegen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

6.
Zuführung einer Stelle (1,0 VZE) Sachbearbeiter Zulassung im Ordnungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 6 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
7.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Kostenrechnung (0,5 VZE) im Amt für Finanzen sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
8.
Zuführung einer Stelle Teamleiter Grundsicherung/Sozialer Dienst (1,0 VZE) im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
- 9.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Grundsicherung/Sozialer Dienst (0,6 VZE) im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

10.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Betreuungsbehörde (0,4 VZE) im Gesundheits- und Veterinäramt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe S 12 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

III. Stellenplanänderungen auf Grund von neu wahrzunehmender Aufgaben

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

11.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Beteiligungsmanagement (0,625 VZE) im Arbeitsbereich Beteiligungsmanagement sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

12.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Dokumentenmanagement (1,0 VZE) im Personal- und Serviceamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

13.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Verwaltung (KVHS) (1,0 VZE) im Liegenschafts- und Schulverwaltungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

14.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Steuerrecht (1,0 VZE) im Amt für Finanzen sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

15.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Digitalisierung (1,0 VZE) im Personal- und Serviceamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

16.

Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Kostenrechnung (0,5 VZE) im Jugendamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

IV. Stellenplanänderungen auf Grund von Strukturänderungen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

17.

Zuführung einer Stelle Amtsleiter des Amtes für Technische Dienste sowie Zuordnung zur Entgeltgruppe 14 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

18.

Zuführung einer Stelle Sekretärin des Amtes für Technische Dienste sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

19.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Technikunterstützende Informationsverarbeitung (TUIV) Schulen im Amt für technische Dienste sowie Zuordnung zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

20.
Zuführung von Stellen (2,0 VZE) Sachbearbeiter TUIV im Amt für technische Dienste sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe 9b sowie 10 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

gez. Karina Dörk

Unterschrift

10.08.2018

Datum

Begründung:

Zu 1.

Im Zusammenhang mit der neuen Entgeltordnung-VKA zum TVöD und der Einreichung überarbeiteter Stellenbeschreibungen ergab die Überprüfung der Stellenbewertungen eine Höhergruppierung der Stellen der genannten Sachgebietsleiterinnen und -leiter.

Zu 2.

Um die Arbeitsabläufe in der Unteren Wasserbehörde des Landwirtschafts- und Umweltamtes zu optimieren, erfolgte eine Strukturänderung erstens nach Zuständigkeiten und zweitens zwischen Trennung Verwaltungsstelle (SB Gewässerschutz) und Technikerstellen (SB Gewässeraufsicht).

Im Rahmen dessen sind folgende Höhergruppierungen nach Bewertung der eingereichten Stellenbeschreibungen erfolgt.

Dies betrifft die Umwandlung von 4,75 VZE, bewertet nach allgemeinem Verwaltungstarif, in 4,75 VZE mit den speziellen Tätigkeitsmerkmalen, hier Ingenieure. Mit der Bewertung nach EG 10 EGO – Spez. Tätigkeitsmerkmale, Ingenieure, VKA zum TVöD. (Höhergruppierungen: 4,725 VZE von EG 9b/9c in EG 10 EGO-VKA z. TVöD)

Weiterhin betrifft dies eine der Verwaltungsstelle mit 0,725 VZE die nach EG 9c EGO-VKA zum TVöD bewertet ist. (Höhergruppierung: 0,725 VZE von EG 9b in EG 9c EGO-VKA z. TVöD)

Zu 3.

Durch die Neubesetzung der Stelle Sachgebietsleiter Rechtliche Bauaufsicht mit einem Beamten auf Lebenszeit, vorher tariflicher Beschäftigter nach EGO-VKA zum TVöD, musste die Stelle nach Beamtenbesoldungsgesetz bewertet werden. Aufgrund dieser Umwandlung der Bewertung lautet die neue Bewertung A 13 nach Bundesbesoldungsgesetz.

Zu 4.

Eine Überprüfung der Stellenbewertung ergab, dass die bisherige Bewertung der benannten Stelle nicht mehr tarifgerecht ist. Die Bewertung richtete sich bisher nach der Entgeltgruppe 9a EGO-VKA zum TVöD, Teil B, Besonderer Teil, Ziffer X „Gartenbau,- landwirtschafts,- und weinbautechnische Beschäftigte“. Gemäß des erfüllten Tätigkeitsmerkmals der „besonderen Verantwortung“ erfolgt mit Wirkungsdatum des 01.01.2017 eine Bewertung gemäß der Entgeltgruppe 9c EGO-VKA zum TVöD, Teil A, Allgemeiner Teil, Abschnitt 1, Ziffer 3, Entgeltgruppen 2 bis 12 (Büro,- Buchhalterei,- sonstiger Innen- und Außendienst).

Zu 5.

Vom Bauordnungsamt wurde eine aktualisierte Stellenbeschreibung im Personal- und Serviceamt eingereicht. Diese wurde geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass sich die Aufgabenübertragung und auch die Zeitanteile bewertungsrelevant verändert haben. Deshalb wurde die Bewertung der Stelle überprüft. Diese ergab eine Höhergruppierung.

Das Ergebnis der Überprüfung ist die EG 11 EGO- VKA, Spez. Tätigkeitsmerkmale, Ingenieure, zum TVöD.

Zu 6.

Auf Grund einer kurzfristig durchgeführten Organisationsuntersuchung im Bereich der Kfz-Zulassungsstelle wurde festgestellt, dass eine Stelle im genannten Bereich zugeführt werden muss, um die weitere Arbeitsfähigkeit längerfristig aufrecht erhalten zu können.

Die Bewertung der Stelle erfolgt nach Entgeltgruppe 6 Entgeltordnung-VKA zum TVöD.

Zu 7.

Auf Grund einer durchgeführten Untersuchung im Bereich wurde ein Stellenbedarf wegen gesteigener Anforderungen festgestellt.

Zu 8.

Auf Grund von Überlastungsanzeigen und einer daraufhin durchgeführten Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass einhergehend mit der Reduzierung der Fallzahlen im Jobcenter die Fallzahlen im Sozialamt gestiegen sind.

Zu 9.

Auf Grund von Überlastungsanzeigen und einer daraufhin durchgeführten Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass einhergehend mit der Reduzierung der Fallzahlen im Jobcenter die Fallzahlen im Sozialamt gestiegen sind.

Zu 10.

Im Rahmen einer durchgeführten Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass in der Betreuungsbehörde ein wachsender Bedarf festgestellt wurde. Um die Ausführung des gesetzlich definierten Betreuungsauftrages zu gewährleisten, ist die Zufuhr notwendig.

Zu 11.

Auf Grund der Umstrukturierung des Bereiches Beteiligungsmanagements (Ausgliederung aus dem Amt für Finanzen und Beteiligungsmanagement) fehlen fortan 2 Leitungsebenen. Der HSB des Bereiches hat fortan qualitativ und auch quantitativ mehr Verantwortung. Auf Grund dessen wird eingeschätzt, dass 0,625 VZE als Kompensierung notwendig sind.

Zu 12.

Auf Grund des Voranschreitens der Digitalisierung der Verwaltung ist es notwendig, das fast vollumfänglich in der Kreisverwaltung des Landkreises Uckermark eingeführte Dokumentenmanagementsystem ordnungsgemäß zu betreiben.

Zu 13.

Auf Grund der erhöhten Integrations-/Deutschkurse entsteht ein erhöhter Verwaltungsaufwand im Bereich der Kreisvolkshochschule.

Zu 14.

Auf Grund einer gesetzlichen Änderung im kommunalen Steuerrecht ist die Einrichtung der Stelle notwendig geworden.

Zu 15.

Auf Grund des Voranschreitens der Digitalisierung der Verwaltung, inkl. der Einführung der E-Rechnung in der kompletten Kreisverwaltung sowie der Einführung der E-Akte ist es notwendig, eine Stelle vorzuhalten, welche die zentrale Steuerung über die Maßnahmen innerhalb der Verwaltung kennt und mit begleitet.

Zu 16.

Auf Grund einer durchgeführten Organisationsuntersuchung im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe wurde ein Mehrbedarf festgestellt.

Zu 17. – 18.

Zunehmende Anforderungen in Bezug auf die technische Ausstattung (auch in Schulen) und insbesondere die Weiterentwicklung und Bedeutung erfordern eine eigene Organisationseinheit (neues Amt für technische Dienste) innerhalb der Kreisverwaltung. Neben der unter Beschlussvorschlag 17-20 zuzuführenden Stellen wird die Struktur innerhalb des Personal- und Serviceamtes insoweit verändert, als dass der Bereich „Technische Dienste“ mit den Aufgabenschwerpunkten TUIV, Archiv, Druckerei, Poststelle, Empfang, sowie Fuhrpark komplett in das neu zu schaffende Amt für technische Dienste verlagert wird (20,95 VZE). Das Personal- und Serviceamt wird fortan die Bezeichnung „Personalamt“ tragen.

Zu 19. – 20.

Die Anforderungen an TUIV für die Verwaltung und die Schulen sind in den letzten Jahren ohne personelle Verstärkung gestiegen;

Allgemeine Hinweise zu den Punkten 7. – 20.

Im Stellenplan 2018 sind aufgrund verschiedener Bedarfe die vorgenannten Veränderungen vorzunehmen.

Es wurde geprüft, ob und inwieweit die erforderlichen Stellenbedarfe durch Verlagerung von Stellen, die an der Stelle, wo sie geplant wurden, nicht mehr benötigt werden, gedeckt werden können.

Es können alle Bedarfe durch Verlagerung vorhandener Stellen gedeckt werden. Somit ist keine Aufstockung des Stellenplanes erforderlich.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die entsprechenden Personalkosten im Stellenplan 2018 der wegfallenden Stellen ordnungsgemäß geplant wurden. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass auf Grund der Nichtbesetzung einiger förderfähigen wegfallenden Stellen mit Ertragsausfällen zu rechnen ist, welche nur schwer zu beziffern sind. Insgesamt bleibt festzustellen, dass sich weder die Stellenanzahl noch die Personalkosten des Gesamthaushaltes im Verhältnis zur Planung erhöht haben.

Die umgewandelten Stellen sind zurzeit unbesetzt und zur Besetzung nicht mehr vorgesehen.

Aufgrund der aktuellen Prognose wird eingeschätzt, dass die durch die Stellenverlagerungen und Umbewertungen entstehenden Mehraufwendungen aus den geplanten Personalkosten insgesamt gedeckt werden können.

Hierzu sind Sollübertragungen erforderlich. Eine Erhöhung des Planansatzes für Personalkosten im Haushalt 2018 ist nicht erforderlich.

Insgesamt ist ein Bedarf von 12,625 VZE zuzuführen. Als Deckung werden 12,625 VZE aus 5 Ämtern gestrichen:

Amt	VZE	Bezeichnung
50	2,025	SB Asyl/Objektbetreuung, SB Krankenhilfe/Asyl

52	5,100	SB Leistungsgewährung, SB Fallmanagement
51	3,500	SB Amtsvormund umA, SB Koordinator umA, Bezirkssozialarbeiter ASD umA
11	1,000	SB Archiv
20	1,000	SB Vollstreckung Unterhaltsvorschuss
	12,625	Gesamt

Anlagenverzeichnis: